

Krafcuer Zeitung.

Nr. 71.

Dinstag den 28. März

1865.

Die „Krafcuer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements- Preis für Krafcu 3 fl., mit Verbindung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., refu. 1 fl. 35 Mfr., einzelne Nummern 5 Mfr.

Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

Gebühr für Inserationen im Amtsblatte für die vierseitige Petitzeile 5 Mfr., im Anzeigebuch für die erste Einrichtung 5 Mfr., für jede weitere 3 Mfr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mfr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Aussendungen werden franco erbeten.

IX. Jahrgang.

Einladung zum Abonnement auf das mit dem 1. April d. J. beginnende neue Quartal der

„Krafcuer Zeitung.“

Der Prämumerations-Preis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1865 beträgt für Krafcu 3 fl., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krafcu mit 1 fl., für auswärts mit 1 fl. 35 Mfr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Zahl 4755.

Im Grunde hohen Finanzministerialerlasses vom 19. März 1865. S. 1472 f. M. wird von nun an für die Verwechslung von National- und Lehnsherrn-Staatschuld-Verschreibungen auf Ueberbringer zu zwanzig Gulden in derartige Obligationen höherer Kategorie, eine Verwechslungsgebühr nicht mehr abgenommen; was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Von der f. f. Finanz-Landes-Direction.
Krafcu am 22. März 1865.

Gesetz vom 24. März 1865*
im Betreff der Verminderung der in Siebenbürgen unter dem Namen der Personalsteuer bestehenden Abgaben;

gültig für das ganze Reich.

Mit Zustimmung beider Häuser Meines Reichsrathes finde Ich anzurufen wie folgt:

S. 1. Bei der Protectionaltaxe wird der Steuersatz von 31½ Neukreuzern (18 kr. G.M.) für männliche Individuen auf 20 kr. ö. W. und jener von 21 Neukreuzern (12 kr. G.M.) für weibliche Individuen auf 15 kr. ö. W. herabgesetzt.

S. 2. Bei der Kopftaxe werden die Steuersätze von 6 fl. 30., 4. fl. 20 kr. 3 fl. 15 kr. und 2 fl. 10 kr. auf 4 fl. 3 fl. 2 fl. und 1 fl. österr. Währ. herabgesetzt.

Der Steuersatz von 52½ kr. für Schiffer und von 1 fl. 5 kr. für Bergwerker, Köhler und Goldwässcher wird auf die runden Beträge von 50 kr. und 1 fl. öst. W. abgeändert.

S. 3. Bei der Taxe der Bürger, Kaufleute und Handwerker werden zu den bisherigen Steuerstufen von 10 fl. 50 kr. 8 fl. 40 kr. 7 fl. 35 kr. und 6 fl. 30 kr. ö. W. jedoch nur für die mindest bemittelten Handwerker, Krämer, Standler und Hausfrau die Steuerstufen von 4 fl. 3 fl. und 2 fl. öst. Währ. beigelegt.

Zugleich wird angeordnet, daß alle diese Steuersätze fortan nicht mehr nach Ortschaften verschieden, sondern ohne Unterschied des Wohn- oder des Geschäftsbetriebes der Steuerpflichtigen nur nach Maßgabe ihrer Gewerbs- und Vermögensverhältnisse anzuwenden seien.

S. 4. Die mit dem Namen der Augmentaltaxe bestehende Abgabe bleibt unverändert.

S. 5. Ebenso hat auch die mit dem Namen der Opionensteuer bezeichnete Abgabe von dem aus Siebenbürgen auf die Weideplätze in den Donaupfarrstühmern getriebenen Viehe unverändert zu bleiben.

S. 6. In Folge der in den S. 2 und 3 enthaltenen Abänderungen der Steuersätze wird endlich die Anordnung des S. 4 des Einkommensteuergesetzes für Siebenbürgen, auf welche in der ersten Classe der Einkommensteuer das Einkommen der durch die Kopf- und Bürgertaxe nicht mit einem höheren Betrage als jenem von 4 fl. belegten Beschäftigungen und Gewerbe jener Steuer nicht zu unterziehen ist, dahin abgeändert, daß nur jene Geschäftsunternahmer von der Einkommensteuer der ersten Classe freizulassen seien, welche als solche nicht mit einer höheren Personalsteuer als jener von 3 fl. öst. Währ. belegt sind.

S. 7. Die gegenwärtigen Anordnungen haben blos für die Verwaltungsjahre 1865 und 1866 zu gelten.

S. 8. Der Finanzminister ist mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt.

Wien, am 24. März 1865.

Franz Joseph m. p.

Erzherzog Rainer m. p.

v. Plener m. p.

Auf Alerhöchste Anordnung:

Freiherr v. Ransonné.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 17. März d. J. den Nachbernannten die Bewilligung allergräßdig zu erhalten geruht, die denselben verliehenen Orden annehmen und tragen zu dürfen, und zwar:

Dem Generalmajor Anton Jäptner Ritter v. Jonstorff das Komthukkreuz erster Classe des königlich sächsischen Albrechts-Ordens;

dem Obersten Franz Freiherrn v. Blasits, Commandanten des Infanterie-Regiments Leopold I. König der Belgier Nr. 27, das Komthukkreuz zweiter Classe des königlich sächsischen Albrechts-Ordens und das königlich preußischen Roten Adler-Ordens zweiter Classe;

dem Obersten Anton Ritter v. Schönfeld, Commandanten des Infanterie-Regiments Wilhelm III. König der Niederlande Nr. 63, das Komthukkreuz zweiter Classe des königlich sächsischen Albrechts-Ordens und das königlich preußischen Alsen-Ordens;

dem Oberleutnant Carl Eiller v. Turnfort, des Artilleriestabes, das Commandeurkreuz des königlich niederränndischen Ordens der Eichenkrone;

dem Major August Ritter v. Merkus, des Kurassier-Regiments Wilhelm Herzog v. Braunschweig Nr. 7, das Ritterkreuz des königlich württembergischen Kron-Ordens;

dem Hauptmann Friedrich Müller, des Artilleriestabes, dann dem Hauptmann Johann Pfesler und dem Oberleutenant Leo- voll, des Artilleriecorps, das Ritterkreuz des königlich

fälschlichen Albrechts-Ordens.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 15. Februar d. J. den in München domicilierten Schriftsteller Dr. Alexander Volty die Annahme und das Tragen des derselben verliehenen Ritterkreuzes des herzoglich braunschweigischen Ordens Heinrich des Löwen allergräßdig zu gestattet geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 20. März d. J. den Karlstheren Bauol. Gräfl. Schulerdirector Stephan Mihalek in Anerkennung seiner durch unermüdliche Thätigkeit und Ausdauer im Unterrichtswesen sich erworbenen Verdienst, das goldene Verdienstkreuz mit der Kron-

Allergräßdig zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 14. März d. J. den Domhern und Erzdechanten des Granader Domkapitels Paul Szalay de Fancsal zum Granader Dideotschulnenoberaufseher allergräßdig zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafcu, 28. März.

Am 19. d. schreibt man der „Boh.“ aus Wien, ist gutem Vernehmen nach eine Depeche von hier nach Berlin abgegangen, in welcher (wie schon telegraphisch gemeldet wurde) das österreichische Cabinet die Frage zur Erörterung stellt, ob es nicht angemessen sein würde, daß Oesterreich und Preußen sich der Abstimmung über den demnächst am Bunde zu erwarten den bairisch-sächsischen Antrag enthielten. Eine Antwort des Berliner Cabinets auf diese Depeche ist noch nicht eingetroffen. Unter dem Datum vom 21. (oder 22.) März ist sodann ein Rundschreiben an die übrigen deutschen Bundesregierungen erlassen, welches denselben kündigt, daß Oesterreich, falls auch Preußen sich einverstanden erkläre, an der gedachten Abstimmung sich nicht beteiligen werde und welches weiter, freilich nicht den betreffenden bairisch-sächsischen Antrag direct unterstützt und empfiehlt, aber doch sehr deutlich durchblicken läßt, daß seine Annahme hier nur erwünscht sein könne. Im Bezug auf den Inhalt dieses Antrages selbst glaube ich vorläufig versichern zu dürfen, daß derselbe viel weiter geht, als man bisher im Allgemeinen vorausgesetzt hat und daß er in der Hauptsache dem früher nach Berlin gerichteten österreichischen Antrage (auf Übertragung des factischen Besitzes an den Herzog von Augustenburg) sich anschließt. Die Majorität für den Antrag ist übrigens bereits gesichert, nachdem Württemberg und Baden gewonnen worden; ob aber die Majorität eine starke sein wird, läßt sich noch nicht bestimmen, da selbstverständlich Oldenburg, dann sehr wahrscheinlich Kurhessen und Mecklenburg endlich möglicherweise die 17. Stimme sich dagegen erklären werden. Luxemburg dürfte sich der Abstimmung enthalten, so daß wenn Oesterreich und Preußen ebenfalls nicht mitstimmen und da die holsteinische Stimme ruht, diesmal nur 13 Stimmen sich an dem Botum bezeichnen.

In Bezug auf verschiedene Versionen über den am Bunde zu erwarten den mittelstaatlichen Antrag in der Herzogthumerfrage bemerkte das „Dresdner Journal“, es sei natürlich, daß dieser Antrag in der gemäßigtesten und rücksichtsvollsten Form gegen Österreich wie Preußen erfolgen werde. Wenn einzelne Blätter hierin etwas „Nichtsagendes“ finden, so bleibe ihnen dies unbenommen; an Unbestimmtheit werde der Antrag nicht leiden. Unter allen Umständen dürfte derselbe den Nutzen haben, „die Lage der Dinge in Deutschland zu erklären und darüber keinen Zweifel bestehen zu lassen, ob und wo man den vor Jahresfrist ausgesprochenen Überzeugungen und Bestrebungen treu gehalten ist.“ Daher werde denn auch die Majoritätsentscheidung, wohin sie ausfallen möge, eine nichtsagende in seinem Falle genannt werden können.

Enthalten in dem den 25ten März 1865 ausgegebenen Stück des A.G. Bl. unter Nr. 23.

Ein Münchener Telegramm des „Frdl.“ vom 26. d. meldet: Die bairische Regierung wird zur Behandlung ihres Antrages in der Schleswig-holsteinischen Nationalkampf für Annexion ist von Seiten des preußischen Volkes also gerade nicht zu erwarten, noch zu befürchten. Selbst gegen den sogenannten engsten An-

rionsgedanke durchaus nicht vom Lande derart getheilt wird, wie nach den Behauptungen der regierungsfeindlichen Presse vielfach angenommen wurde. Ein britischer Telegraphenbericht der Herzogthimer an Preußen haben sich im dortigen Landtag bereits Stimmen erhoben, u. A. sprach Simson dagegen in der Sitzung vom 23. März.

Nicht zu übersehen ist eine Bemerkung des „Ezaz“: Die Breslauer Blätter, schreibt er, sind entrüstet bei dem Gedanken an eine Abtretung eines Theils von Ober-Schlesien an Oesterreich, obwohl seit kaum viel mehr als hundert Jahren ganz Schlesien zu Oesterreich gehörte als Land der böhmischen Krone. Die Zurückstellung eines kleinen Theils Schlesiens wäre eine Wohlthat für das polnische diejenen Landeskommunität bewohnende Volk ebenso in Betreff der Nationalität als der katholischen Religion.

Die „St. Petersb. Nachrichten“ bringen folgenden beachtenswerten Artikel: Die polnische Angelegenheit ist beendet. Während der letzten hundert Jahre hat die Geschichte sie zum viertenmal zu Gunsten Russlands entschieden und man kann nach diesen vier Erfahrungen ohne Übertreibung und übermäßigem Eigendunkel wiederholen, daß die Kraft der Dinge selbst, daß die moralischen und materiellen Kräfte der russischen Nationalität Russland das Übergewicht über die andern slavischen Nationalitäten geben. Es ist nicht im Mindesten unsere Absicht, die Besiegten oder zu beleidigen, aber wir können nicht das, was augenscheinlich ist, nicht sehen, wir können nicht ein

so großes Ereignis, wie die letzte polnische Erhebung und die klare Bedeutung ihres Resultates ignorieren. Diese Bedeutung ist in der That so klar, daß auch Europa es vollkommen zu würdigen weiß, daß Russland alte bekannte polnischen Prätesen nicht zu lassen kann. Die „Pet. Nachr.“ erwähnen hierauf den bekannten Artikel der „Morning Post“ über die beabsichtigte Incorporation Polens in Russland, und das Communiqué des Gf. Stackelberg im Namen der russischen Regierung dem Gf. Mensdorff gegenüber, daß der Belagerungszustand in Galizien bis zur Einverleibung Polens hinausgehoben werde — was die Wiener „Abendpost“ und russischen Blätter dementirt hatten und sagen: Wenn auch Demand an die Nothwendigkeit des Belagerungszustandes in Galizien glauben würde, so kann weder dessen Aufhebung noch Verlängerung auch den mindesten Einfluß auf das vollen Resultat des Kampfes der beiden slavischen Stämme haben, eines Kampfes, der gegenwärtig zum viertenmal zu Gurten der russischen Nationalität entschieden wurde. Wir wissen nicht, welche Organisation namentlich das Königreich Polen nach dem jüngsten Aufstand erhalten wird, wir sind Privatpersonen, die nicht ermächtigt sind irgend Demand die Absichten der russischen Regierung zu beleuchten; man muß aber blind sein, um anzunehmen, daß nach dem offenen Aufstand, wobei die Polen die Frage über die Grenzen vom Jahre 1772 gestellt, nach den in Polen vollendeten Bauernreformen, deren Gedanken die nicht verleugnete Habe des russischen Lebens, der russischen Nationalität ist, — man muß blind sein, um nach dem allen die Wiederherstellung des früheren gesellschaftlichen Organismus in Polen zu hoffen.

Die Mitglieder des Corps legislativ. und des Senats in Paris haben wie der Londoner Correspondent des „Ezaz“ Gelegenheit hatte zu erfahren, in Folge eines interessanten vertraulichen ihm zu Ohren gekommenen Communiqués aus Paris, wonach das wegen der amerikanisch-russischen Friedensverhandlung entstandene Mißverständnis zwischen dem russischen und französischen Hof bestigt worden — die Mäßigung erhalten, die polnische Angelegenheit während der Kammerberathungen unter keiner Bedingung zu berühren, auch den Journalen sei eine Anempfehlung demgemäß zugestanden. Herr Drouin de Ebys sei in der Unterredung mit dem russischen Gesandten sogar überzeugt worden über gewisse vorbereitende Schritte betreffs der Einverleibung des Königreichs Polen und habe nur milde Bedingungen von Concessions in humanitarischer Beziehung gestellt. Es sei also leicht möglich (da diese Nachrichten die englische Regierung unangenehm berührt hätten) daß eine deutliche Mäßigung Frankreichs an Russland eine Erwähnung der Sympathie für Polen gegenüber den englischen Kammermännern zur Folge haben werde, sogar aus ministeriellem Munde. Es wird dies, schließt der Correspondent, ein Schutz mit blinder Ladung sein, denn durch bessere Erfahrung belehrt, wissen wir wohl, was Erklärungen englischer Minister bedeuten, hervorgerufen

am 25ten März 1865 ausgegebenen Stück des A.G. Bl. unter Nr. 23.

durch das momentane Bedürfniß der politischen Situation.

Die „Unità Italiana“ wurde in Turin wegen eines Artikels über den September-Vertrag mit Bezug auf die mazzinistischen Anklagen, als habe sie für den Abzug der Franzosen wieder einen Wechsel auf Land an den Kaiser Napoleon ausgestellt, empfindlich zu werden, und der Conseils-Präsident hat, wie gestern erwähnt, in der Kammer am 23. März auf sein Ehrenwort versichert, daß keine Seele an solche Abschmacktheiten jemals gedacht habe. Aehnlich sprach sich Visconti Venosta aus.

Dieser Erklärung gegenüber dürfen wir gar nicht erwähnen, daß die „St. Fr. Pr.“ bereits den Wortlaut dieser Convention veröffentlicht. Das interessante Actenstück, welches übrigens nichts enthält, was unzweckmäßig klänge oder seine Echtheit verdächtigen könnte, lautet:

1. Artikel. Se. Majestät der König Victor Emanuel verpflichtet sich ausdrücklich, die italienischen Besitzungen Österreichs ohne die vorgängige Zustimmung Sr. Majestät des Kaisers Napoleon III. und ohne sich vorher mit ihm darüber ins Einvernehmen gesetzt zu haben, nicht anzugreifen. Er verpflichtet sich überdies, jede unabhängige von seiner Regierung in seinen Staaten gegen die österreichische Regierung organisierte Kundgebung in wirksamer Weise zu verhindern.

2. Artikel. Se. Majestät der Kaiser Napoleon III. stellt das Königreich Italien sicher gegen jeden Angriff von Seite Österreichs und verpflichtet sich, wenn ein solcher stattfände, Italien zu Hilfe zu kommen und den Angriff mit Waffengewalt zurückzuweisen.

3. Artikel. Im Falle eines Krieges Frankreichs und Italiens gegen Österreich wird die Führung Sr. Majestät des Kaiser der Franzosen vorbehalten und in gleicher Weise der Oberbefehl über die verbündeten Streitkräfte und das Recht, über den Frieden zu entscheiden.

4. Artikel. Für den Fall des Eintritts dieser Eventualität verpflichtet sich Se. Majestät der König Victor Emanuel, von den italienischen Kammern für unbestimmte Zeit unbefristete Vollmachten zu erhalten.

5. Artikel. Wenn Italien in Folge eines Krieges unter diesen Voraussetzungen oder in Folge diplomatischer Unterhandlungen sich durch den Anschluß neuer Provinzen vergrößern sollte, so kommen Se. Majestät der Kaiser und Se. Majestät der König überein, zu einer neuen Vertragung der Gränzen ihrer Staaten zu schreiten, welche Vertragung den Zweck haben soll, Frankreich gegen das Übergewicht der Kräfte Italiens sicherzustellen.

6. Artikel. Diese Gränzberichtigung wird entweder vor Beendigung des Krieges oder vor dem Abschluße der Unterhandlungen gemeinschaftlich festgestellt.

7. Artikel. Die gegenwärtigen Bestimmungen müssen zwischen den beiden Regierungen von Frankreich und Italien geheim bleiben, und jede Verlezung eines dieser Artikel durch den einen oder den andern Theil zieht die Verurteilung derselben, sowie der Convention vom heutigen Tage nach sich.

Paris, 15. September 1864.

Das Protocoll trägt unter anderen Unterschriften die des Ministers Visconti-Venosta.

Der „Patrie“ zufolge bestätigt sich, daß der Vice-König Ismaïl-Pascha die Absicht hat, zu Gunsten seines Sohnes abzudanken. Dieser Plan wird aber weder in Constantinopel, noch von den garantirenden Mächten gebilligt. Die Thronfolgeordnung ist in Ägypten durch die Verträge von 1841 geregelt und auf ein Fundamentalgesetz des Korans begründet. Bereits zwei der Vorgänger des Vicekönigs, Abbas Pascha und Said Pascha, hatten dieselben Absichten, mußten aber dem Widerstand der Pforte und der europäischen Mächte weichen.

Die „France“ meldet: Es ist in letzter Zeit häufig von dem Plan der Colonisation der Provinz Sonora in Mexico die Rede gewesen, an deren Spitze Hr. Gwin, ehemaliger Senator der Vereinigten Staaten, stehen sollte. Die Nachricht hätte während eines Augenblicks wahr sein können, jetzt ist sie es nicht mehr. Hr. Gwin hat sein Project ganz aufgegeben und ist seit einem Monat auf dem Weg nach Europa.

Das „Gobierno“ sagt, daß das Gerücht eines siegreichen Aufstandes der Dominicaner zu Gunsten der Spanier sich bestätigt.

Nach den letzten Nachrichten aus Rio de Janeiro will jetzt die brasiliatische Regierung, welche nach der Capitulation von Montevideo den Krieg mit der Republik Uruguay für beendet hält, eine Expedition gegen die Hauptstadt der Republik Paraguay unternehmen. Die betreffende Expedition ist schon unterwegs. Die Repräsentanten der verschiedenen Mächte wollen jedoch Versuche machen, um den Streit zwischen den beiden Staaten auf verhältnißliche Weise zu schlichten, und man glaubt deshalb noch, daß ein friedliches Abkommen zu Stande gebracht wird.

Dem in Berlin vereinbarten österreichisch-preußischen Zollvertrage, welcher, wie schon gemeldet, nunmehr den Zollvereinsregierungen zur Zustimmung übermittelt wurde, sind dem „Vaterland“ zufolge ein Tarif, ein Zolltarif und eine Zolleinigungs-Convention, die beiden Theile den freien Entschluß wahrt, beigefügt.

Kračau, 28. März.

In Folge des am 16. November v. J. im „Osservatore Triestino“ auf der letzten Seite erschienenen Inserats: Domanda d' Impiegati für das Haus Rogers Parrot et Comp. N. 93, Westbourne, Street Pimlico in London,

haben sich in Görz drei Individuen um eine Agentenstelle für das genannte Haus beworben.

Zwei dieser Bewerber erhielten jeder bald darauf, der dritte am 23. Jänner 1865 von der Gesellschaft ein durch seine typographische Ausstattung bestehendes Ausstellungsdecree als Agent für Görz und die Provinz mit Zusicherung eines jährlichen Gehaltes von 3500 Lire aufwandes noch lauter erkennen lassen, als es ohnehin

ruhigen, wo ein ärarisches Zugpferd sich befindet, als der Theißbahngesellschaft das erforderliche baare Geld wie bisher von der Staatsverwaltung zur Verfügung gestellt wird, die effectiven Kosten für die Bauherstellungen und Betriebeinrichtungen der Bahnstrecke von Arad bis Karlsburg sich belausen würden auf 15 Mill. Gulden. Neben die Frage, welche weitere Abminderung des erwähnten Betrages in dem Falle eintreten könnte, wenn der Theißbahngesellschaft der seinerzeitige Betrieb der erwähnten Bahn überlassen würde, erklärte Dir. Schimke, daß dann ein bedeutender Theil der Fahrbetriebsmittel, deren die Theißbahn entbehren kann, so wie die beantragten Werkstätten, weil die Reparaturen in der Theißbahn-Werkstätte ausgeführt werden würden, in Ersparung kommen könnten und wenn man die Bahnstrecke Arad-Karlsburg lediglich als eine Localbahn ansehen und einen Verkehr mit ermäßiger Geschwindigkeit einführen würde, dann auch die Oberbauschäden nur mit einem Gewicht von 17½ Pfund per Wiener Fuß nothwendig wären, daher im Ganzen eine weitere Ersparung von 2 Millionen Gulden eintreten könnte.

Dir. Schimke stellte ferner eine Berechnung auf, um darzuthun, um welchen Nominalbetrag ein Unternehmer bereit sein dürfe, den Bau und die Einrichtung des Betriebes der in Rede stehenden Bahnstrecke von Arad bis Karlsburg zu übernehmen. Es ergab sich nach dieser Berechnung eine Summe von 22½ Millionen Gulden. Der Vertreter des Handelsministeriums constatir schließlich, daß, wenn das Autob des Unternehmers Pickering, den Bau und die Betriebeinstellungen der ganzen Bahn von Arad bis zum Rothenburmpasse samt Zweigbahn nach Karlsburg um 40 Mill. Gulden zu übernehmen, angenommen würde, auf das Bahnhoffragment von Arad nach Karlsburg nur ein Nominalbetrag von 21 Mill. Guld. entfiel.

Das soll offenbar ein Angriff auf unser vorsätzliches Material sein: wir müssen aber bedauern, daß dieser ausgeholte Hieb, der zweifelsohne nebenbei auch der gründlichen Vertrautheit des Herrn Verfassers mit dem Gegenstande als Relief zu dienen halte, ein flacher war!

Die Leistung von 1300—1500 Schuß bei einem gezogenen Bronze-Geschütze, — das seiner Natur nach von dem scharfen Schuß selbstverständlich mehr leiden muß, als das glatte Rohr, — ist eine höchst ungfriedenstellende; war doch das glatte Rohr schon nach 1600 Schuß ziemlich mitgenommen und gehörte dessen weiterer Gebrauch zu den Ausnahmen. Eisernen glatten Geschützen kann man wohl eine bedeutend größere Schußzahl zumutzen.

Auch bezüglich der Bau-Dotationen wird der

Regierung der Vorwurf zu geringer Sparsamkeit gemacht. Die Administrations-Auslagen sollen zu hoch sein, für die fortifikatorischen und sonstigen Neubauten sollen zu große Bauarten in Anspruch genommen, endlich für die Instandhaltungen zu großer Summen verlangt werden.

Wir haben, so weit es uns möglich war, uns auch in diesem Zweige umgehen, und das Urtheil

wieder auf eine Geldprellerei abgesehen war, wie deren in England oft vorkommen, und wovon die Bevölkerung

Österreichs nicht genug gewarnt werden kann.

Das Resultat unserer Forschungen theilen wir mit.

Was das Administrations-Personale betrifft, so beträgt es gegenwärtig ohne Officiersdienner 821 Köpfe; vor dem Jahre 1857, im welchem die Verwaltung sämtlicher Militär-Gebäude an das Genie-Corps überging, betrug es 840 Individuen; zu dieser Zahl müste aber noch die Zahl von Administrations-Individuen gerechnet werden, denen die Verwaltung der zu den Armeen-Anstalten (Artillerie-Zeug-Commanden, Verpflegungs-Magazine, Monturs-Commissarien, Beschäl-Etablissements) gehörigen Gebäude oblag. Die differenzmäßige Ermittlung dieser ist jedoch nicht möglich, weil dieselben immer in den allgemeinen Status dieser Anstalten aufgenommen worden waren.

Sie wird aber in Anbetracht, daß die Zahl solcher Gebäude sich über 2000 belief, mit 200 nicht zu hoch geprägt sein. Auf diese Weise erhöht sich die Zahl der Administrations-Individuen in den fünfzig Jahren auf 1040!

Wir sehen also bei dem Administrations-Personale im Laufe der Jahre kein Zunehmen, sondern ein Abnehmen um 219 Köpfe.

Gehen wir zu den Administrations-Objecten über. Die Zahl derselben erhöhte sich durch den Neubau sämtlicher Militär-Gebäude an das Genie-Corps für dieses von circa 2900 auf 6300, freilich wurden auch die früheren Kasern-Berwalter durch Gebäude-Inspections-Officiere ersetzt; allein für den Zuwachs an Objecten von Seite der Armeen-Anstalten fand kein Zuwachs an Administrationskräften statt.

Außerdem ist nicht zu vergessen, daß man den Anforderungen der Zeit in Bezug auf die Sicherung des Reiches in fortifikatorischer Richtung gegenüber nicht unthätig bleiben durfte. Über 300 fortifikatorische Punkte, theils selbstständig, theils als Werke größerer Plätze, wurden seit anderthalb Decennien geschaffen; Pola, Kračau entstanden ganz neu; Olmütz erhielt seinen Lagergürtel n. w. Alles dieses erhöht doch auch die Administrations-Agenda, und sie wurden besorgt mit dem gegen das Jahr 1857, ja selbst gegen 1851 um 219 Köpfe restringirten Administrations-Personale!

Was das Geldernöth für Neubauten, Adaptirungen, Instandhaltungen oder allgemeine Bauauslagen anbetrifft, so wurde selbes gleichfalls auf eine ökonomische Weise in Anschlag gebracht, daß ein Überschreiten dieser Gränze nur zum Nachteil des Staats-eigentums ausschlagen könnte. So wurden, wie wir erfahren, beispielweise die gestellten und commissionell als nöthig anerkannten Instandhaltungs-Anträge der Genie-Directionen im Jahre 1864 um 34%, im Jahre 1865 um 27% seitens der Regierung herabgedrückt. Nun, da ist doch eine weitere Minderung unmöglich!

Ja, die Regierung selbst wird diese Abminderung nicht mehr fortsetzen können, weil sonst die Fortifikationen und Militär-Gebäude einer solchen Deteriorirung entgegen gehen, daß man sie später nur mit sehr großen materiellen Opfern wieder in brauchbaren Zustand setzen können.

(Schluß folgt.)

Der Gemeinderath hat an das Staatsministerium die Bitte gerichtet, die Sicherstellung eines grossartigen monumentalen Baues für alle Theile und Anstalten der Hochschule als ein wesentliches Element der Festfeier bei der 500jährigen Jubelfeier wenigstens die Grundsteinlegung zu dem neuen Universitätsgebäude stattfinden könnte. Ferner hat die Rechtssection in ihrer Donnerstag abgehaltenen Sitzung beschlossen, daß sich die Commune bei den Festlichkeiten, welche zur Feier des 500jährigen Bestandes der Wiener Universität im August d. J. statthaben werden, durch Übernahme eines der drei Festtage beteiligen und hiebei den Grundsatz festhalten soll, daß zu dem von der Commune zu veranstaltenden Feste sämtliche Factoren der Universität einzuladen seien. Die Aufstellung des Programms so wie dessen Durchführung wäre nach Einvernehmen mit der Finanzlection dem Bürgermeister im Vereine mit einem Comité zu übertragen.

Laut Telegramm aus Triest wird der Transportdampfer Brasilian nach nunmehr bewirkter Dockung am Mittwoch den 29. März um 11 Uhr Vormittags

Verhandlungen des Reichsrathes.

Über das Ergebnis der Ausschüttung am 21. d. M. geht der „Wien. Abend“ folgende Mitteilung zu, welche geeignet ist, theils unrichtige, theils mangelhafte Mittheilungen über diesen Gegenstand zu berichtigten und zu ergänzen: Der Director Schimke stellte eine Rechnung auf, nach welcher in dem Falle,

